

Zwischen «Revolution de la dignité» und «Il y a eu une insurrection en Tunisie, maintenant il faut la révolution»

*Delegationsreise Tunesien des Réseau Syndical Euro-Méditerranéen 27.3. - 4.4.2011
Bericht des SOLIFONDS – Koordinators Urs Sekinger¹.*

Am 17. Dezember 2010 zündete sich der 26-jährige Mohamed Bouazizi, ein «informell» arbeitender Gemüsehändler, in Sidi-Bouzid an, weil er in seiner Verzweiflung, angesichts der permanenten Schickanen durch Polizei und Administration, keinen anderen Weg mehr sah. Es war jener Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Innert weniger Tage kam es überall im Land zu Aufständen von vornehmlich jüngeren Menschen. Mit der Forderung «Freiheit und Würde» erreichten sie am 14. Januar die Flucht des Diktatorenclans Ben-Ali – Trabelsi. Am 22. Januar zogen sie aus dem ganzen Land in die Hauptstadt, um den Rücktritt der Übergangsregierung zu fordern, die eng mit dem geflüchteten Diktator verbandelt war. An der Fassade des verhassten Innenministeriums (Sicherheitspolizei) hängten sie ein riesiges Porträt von Mohamed Bouazizi auf. Die jungen Menschen hatten sich ihre Würde erkämpft.

Revolution der Würde und neue Freiheiten

Alle Menschen in Tunesien kennen diese Geschichte. Und sie kennen noch viel mehr Geschichten. In jedem Dorf oder Stadt lief die Revolution auf ihre eigene Weise ab. Jeder Ort wollte Protagonist des Umsturzes sein. All diese Geschichten wollten sie uns BesucherInnen erzählen. Ein Kurzbesuch ausser Plan in Thala wurde zur fünfstündigen Revolutionsrückschau.

Unsere Treffen glichen manchmal babylonischen Versammlungen. In Arabisch und Französisch wurde wild durcheinander parliert. Einer, der zu spät gekommen war, erzählte die eben gehörten Ereignisse noch einmal von vorn. Ein junger Mann fand in seinem Eifer kein Ende, die Alten hörten zu. Alle an den Versammlungen hatten die Geschichten wahrscheinlich schon hundert Mal gehört, aber sie erzählten sie immerwieder von neuem, manchmal fast ungläubig, dass dies möglich ist.

«Ihr müsst euch vorstellen, was der 14. Januar für uns bedeutet», klärte uns einer der befreundeten Anwälte auf, «fünfzig Jahre lang konnten wir uns nicht versammeln und offen diskutieren. Immer sassen die Leute des Sicherheitsapparates dabei. Wir wurden zu hundert Prozent kontrolliert und waren immer mit einem Bein im Gefängnis. Und plötzlich, von einem Tag auf den andern, konnten wir offen sprechen, unsere politischen Ansichten äussern, unsere politische Zukunft diskutieren und gestalten. Unglaublich!»
Der 14. Januar markiert die Revolution der politischen Freiheit und der erkämpften Würde.

Die Gemeinden organisieren sich selbst

In allen Gemeinden und Regionen ging die Polizei mit ungeheurer Gewalt gegen die Demonstrierenden vor. Überall sind Tote zu beklagen, etwa in Thala. Sechs junge Männer zwischen 17 und 19 Jahren, darunter ein Behinderter, wurden von der dortigen Polizei am 8. Januar erschossen. Darauf vertrieb die Bevölkerung die Polizei und legte die Polizeistation in Schutt und Asche. Jetzt sorgt das Komitee der Arbeitslosen für die Sicherheit in der Kleinstadt.

Neben der Polizei verschwanden auch die Gemeindeverwaltungen oder wurden vertrieben. Ihre Funktionen übernahmen die «Comités de la sauvegarde de la révolution». In Sidi-Bouzid hat sich dieses Comité als Zusammenschluss von verschiedenen Organisationen (Gewerkschaften, Bauern, Arbeitslose) selbst konstituiert. In Redeyef, Zentrum des Gafsa-Aufstandes von 2008, hat die örtliche UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) eine Gemeindeversammlung einberufen, an welcher eine neunköpfige Gemeindeleitung

(sieben Männer, zwei Frauen) gewählt wurden. In Bizerte finden Vollversammlungen statt. Wer teilnimmt, tut dies in seinem Namen. Nicht Organisationen zählen, sondern die anwesenden Menschen. In Tunesien sind so verschiedene Formen der Gemeindeselbstverwaltung entstanden. Es sind basisdemokratische Organe, ohne finanzielle Mittel, die ihnen von der Übergangsregierung vorenthalten werden, mit einem beeindruckenden Willen, die weitere Entwicklung selbst zu bestimmen und zu gestalten.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die UGTT mit ihrem Branchenverbänden war bis vor kurzem die einzige zugelassene Gewerkschaftszentrale im Lande. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, dass die nationale Gewerkschaftsspitze mit der Ben-Ali-Diktatur eng verbunden war. So soll der aktuelle Generalsekretär Abdeslam Jerad noch am 13. Januar direkt mit Ben-Ali über eine Lösung des Konflikts gebrütet haben. Er war es auch, der zu Beginn der Aufstände die Direktive ausgegeben hatte, dass die Gewerkschaftslokale der UGTT nicht den Aufständischen zur Verfügung gestellt werden dürften. Er machte dies auch gleich vor. Als beim Hauptsitz der UGTT in Tunis eine Demonstration von Sicherheitskräften eingekesselt war, liess er das Gewerkschaftshaus verrammeln und lieferte die Demonstranten der prügelnden Polizei aus.

Dass die der UGTT angeschlossenen Branchenverbände (insbesondere die LehrerInnengewerkschaft der Mittelstufe) und die regionalen UGTT ganz anders dachten und handelten, hatte sich schon 2008 beim Gafsa-Streik gezeigt. Die lokalen Streikführer, alles UGTT-Mitglieder, waren zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Massive internationale Proteste hatten dann die nationale UGTT-Spitze zu einer lauen Stellungnahme zugunsten der Streikenden veranlasst, was zur Annullierung ihrer Strafen führte. Ihre Arbeitsstellen haben sie aber bis heute nicht wieder erhalten.

UGTT national und UGTT lokal/regional sind zwei Paar Stiefel. Die lokalen Gewerkschaften kümmerten sich nämlich einen Deut um die Direktive der korrupten Führung und stellten den Aufständischen ihre Lokale zur Verfügung. Zudem begannen sie sich aktiv am Widerstand gegen das Regime zu beteiligen und wurden so, als einzige Kraft mit Strukturen, zu einem wichtigen Kristallisationspunkt des Aufstandes. Heute finden die Sitzungen der Comités in den Lokalen der UGTT statt und in den meisten Comités sind die lokalen UGTT oder einer ihrer Verbände direkt vertreten. Die Bedeutung der lokalen/regionalen UGTT während der Aufstände und aktuell ist in all unseren Gesprächen einhellig betont worden. Die aktive Rolle der lokalen UGTT in dieser Umbruchphase findet ihren Ausdruck darin, dass innerhalb der letzten beiden Monate 50'000 Gewerkschaftsbeitritte zu verzeichnen gewesen seien.

Zukunft der Gewerkschaften

Neben der UGTT bilden sich neue Gewerkschaftszentralen: Seit anfangs Februar ist die CGTT (Confédération Générale Tunisienne du Travail, Generalsekretär Habib Guiza) anerkannt. Und der frühere, wegen Korruption entlassene, UGTT-Generalsekretär Ismail Sahbani hat seinerseits die Gründung der Union des Travailleurs Tunisiens UTT angekündigt.

Das Treffen mit CGTT-Generalsekretär Habib Guiza verlief ernüchternd. Er benutzte die gesamte Gesprächszeit, um gegen die UGTT zu wettern. Darauf angesprochen, welches denn die gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen der CGTT seien, blieb er eine Antwort schuldig und verwies auf den 1. Mai. Dann würden sie eine entsprechende Stellungnahme veröffentlichen. Momentanes Hauptziel ist eine grösstmögliche Repräsentativität. Gemäss Aussagen von Habib hat die CGTT in den letzten Monaten rund 7'000 neue Mitglieder gewinnen können. Dies ist durchaus möglich, einerseits von unzufriedenen UGTT-Gewerkschaftern, andererseits aus dem kaum organisierten Privatsektor. Hierzu kontrastiert unsere Feststellung, dass die CGTT kaum bekannt ist, oder dann in gewerkschaftlichen Kreisen auf klare Ablehnung stösst (vgl. unten). Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass sich die CGTT während der

ganzen revolutionären Phase bis jetzt nicht zu Wort gemeldet oder aktiv daran teilgenommen hätte. Das schafft kein Vertrauen in der Bevölkerung. Die Bedeutung der CGTT für die Zukunft ist offen.

Und die UGTT? Die aktuelle nationale Führung der UGTT wird am vorgesehenen Kongress im Dezember aller Voraussicht nach abgewählt werden.² Die meisten regionalen UGTT-Kader, mit denen wir gesprochen haben, plädierten für eine starke, demokratische Einheitsgewerkschaft, um den notwendigen politischen und wirtschaftlichen Wandel beeinflussen zu können. In diesem Sinne distanzieren sie sich auch von der Gründung neuer Gewerkschaften oder Zentralen.

Die grosse Frage bleibt, ob dies aufgrund der inneren Dynamik auch möglich sein wird. Die verschiedenen parteipolitischen Tendenzen innerhalb der UGTT sind nicht zu übersehen. Bis jetzt sind sie durch den Widerstand gegen das Regime und die nationale Führung zusammengehalten worden. Ob dies in einem politisch freieren Kontext in der Zukunft weiterhin möglich sein wird, ist nicht sicher. Es könnte sich durchaus ergeben, dass sich die UGTT in verschiedene politische Tendenzen spaltet.

Frauenorganisationen

Zusammen mit der Menschenrechtsliga haben zwei Frauenorganisationen während der Ben-Ali-Diktatur eine wichtige Rolle im Kampf für Demokratie und Freiheit übernommen. AFTURD (Association des Femmes Tunisiennes pour la Recherche et le Développement) ist ein 1989 gegründetes Netzwerk von Wissenschaftlerinnen, das für die Gleichstellung und wirtschaftliche Entwicklung insbesondere im Interesse der Frauen forscht und politische Arbeit betreibt. ATFD (Association Tunisienne des Femmes Democrates) ist in den 1990-er Jahren aus der Frauenorganisation der UGTT herausgewachsen und arbeitet heute eng mit AFTURD, zum Teil in Personalunion, zusammen.

Im Gespräch mit drei Vertreterinnen von AFTURD zeigten sich diese von den Ereignissen seit Anfang Jahr genau so überrascht und auch überfordert wie die meisten sozialen AkteurInnen. Im universitären und kleinbürgerlichen Milieu der Hauptstadt verankert, hatten beide Frauenorganisationen bis anhin keine politische Arbeit im Hinterland geleistet. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die Forderung nach Gleichstellung im politischen Umfeld von Tunis einzubringen. Da das Ben-Ali-Regime darauf bedacht war, sich einen fortschrittlichen Anstrich zu geben, war diese Arbeit teilweise erfolgreich und erklärt die Duldung der beiden Frauenorganisationen trotz zum Teil massiver Kritik am Regime.

AFTURD und ATFD sind daran, ihre Arbeit in die Städte und Dörfer des ländlichen Tunesien auszuweiten, sind aber im Moment an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt und werden die notwendigen Strukturen aufbauen müssen. Als international bekannte Organisationen können sie dabei auf die materielle Unterstützung grosser Organisationen zählen (bspw. FES).

Es fiel auf, dass an vielen unserer Zusammenkünfte Frauen entweder gar nicht anwesend waren, oder dann in kleiner Zahl und meist schweigend. Einzige Ausnahme bildete Redeyef, wo die Frauen eine aktive Rolle in der autonomen Gemeindeverwaltung spielen. Das geht auf die Gafsa-Streiks zurück, als sich die Frauen an der Streikbewegung beteiligten und 2009 in einem Demonstrationmarsch von ausschliesslich Frauen das Regime herausgefordert haben.

Engagierte AnwältInnen

RechtsanwältInnen, die sich schon seit längerem in der Verteidigung von politischen Verhafteten (Gafsa oder die Verhafteten von Kasbah 1 und 2) oder der Menschenrechte ganz allgemein hervorgetan hatten, haben sich im «Groupe des 25 avocats» zusammengeschlossen. In einer Medienkonferenz machten sie eine ganze Reihe von Klagen öffentlich, die sie gegen RepräsentantInnen des alten Regimes, aber auch gegen die aktuelle Regierung und Staatsanwaltschaft wegen Unterlassung von Strafverfolgungen eingereicht hatten.

Im Moment sind nur drei hohe Repräsentanten aus der Ben-Ali-Diktatur angeklagt. Das sei nicht der notwendige Bruch mit der Vergangenheit, klagte der «Groupe». Es gehe vor allem darum, aufzuzeigen, wie die ganze oberste Führung das Land ökonomisch geplündert habe. So haben die AnwältInnen gegen den ehemaligen Präsidenten der Übergangsregierung Ganouchi Klage eingereicht: Unter Ben-Ali war er als Innenminister für die Privatisierungen verantwortlich und es gibt Beweise, dass Staatsbetriebe für einen symbolischen Dinar veräussert wurden. Die Staatsanwaltschaft blieb bislang untätig. Die AnwältInnen ihrerseits haben bislang 250 Unternehmen ausfindig gemacht, die genauer unter die Lupe genommen werden sollten. Klage reichte der «Groupe» auch gegen den Chef der Polizei ein, der den Schiessbefehl gegen Demonstrierende ausgegeben hatte. Mit einer Klage wollen sie eine vollständige Liste jener Leute erhalten, die für die ehemalige Ben-Ali-Partei RCD gearbeitet hatte und dabei vom Staat bezahlt wurden. Die Klage-liste ist noch einiges länger.

Strategisch sind die Klagen deshalb von Bedeutung, weil die Staatsanwaltschaft im Falle einer Kassierung diese begründen und den Klagenden Einsicht in die Unterlagen gewähren muss.

Reaktionäre Kräfte in Lauerstellung?

Die politische Situation in Tunesien ist sehr komplex. Die JuristInnen unter unseren Gesprächspartnern haben immerwieder betont, dass die jetzige Übergangsregierung und die beratende nationale Versammlung keine Legitimität haben. Noch gelte die alte Verfassung und nach der hätten spätestens sechzig Tage nach der Flucht von Ben-Ali Präsidentschaftswahlen stattfinden müssen. Die Übergangsregierung sei nicht befugt, Verträge irgendwelcher Art abzuschliessen, bspw. bezüglich Schulden oder Migration.

Es gibt unter den politischen Kräften im Land einen gewissen Konsens, dass voraussichtlich am 24. Juli Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden, die dann Ende Jahr zu Neuwahlen führen soll. Dabei sind wichtige Fragen nicht beantwortet. Im Moment wird darüber diskutiert, ob die Wahlen im Majorz- oder Proporzsystem durchgeführt werden. Eine neue Wahlkreiseinteilung wird den Ausgang der Wahlen ebenfalls direkt beeinflussen.

Mindestens fünfzig Parteien werden sich an den Wahlen beteiligen. Auch die Linke ist aufgesplittert, wenngleich sich zehn linke und nationalistische Parteien in der Allianz «14 janvier» zusammengeschlossen haben. Die grosse Frage wird sein, ob es ihnen gelingen wird, der islamistischen Ennahdah-Partei und den rechten Parteien Paroli zu bieten. Ennahdah verfügt über Geld und das wichtige Netz der Moscheen, wo sich jeden Freitag die Gläubigen zum Gebet einfinden. Auf dem rechten Spektrum haben drei ehemalige Ben-Ali-Minister je eine Partei gegründet. Auch sie dürften über grosse Mittel und vor allem über das politische Know-how verfügen.

In dieser höchst komplexen politischen Situation ist nicht klar, welche Rolle allenfalls das Militär spielen wird. Augenfällig war, dass es überall starke Präsenz markiert. In allen Dörfern und Städten sind an strategischen Punkten gepanzerte Fahrzeuge und Stacheldrahtverhaue zu sehen.

Uns gegenüber wurde auch immerwieder betont, dass die alte Sicherheitspolizei nicht verschwunden sei. Offiziell seien 5'000 ehemalige Angehörige entlassen worden. Inzwischen ist aber bekannt geworden, dass in sechs Abteilungen der Sicherheitskräfte insgesamt 12'000 Personen beschäftigt waren. Wo sind die restlichen 7'000 geblieben, fragen sich die Leute.

Auf unserer Reise wurden wir ein einziges Mal von Sicherheitskräften kontrolliert. Auf dem Weg nach Redeyef, der aufständischen Minenstadt im Süden, hielt ein Kontrollposten des Militärs einzig unsere beiden Autos auf, die als Mietwagen indetifizierbar waren. Nachdem der Kontrollposten telefonische Rücksprache mit seinem Kommando genommen hatte, konnten wir weiterfahren. Der uns begleitende Anwalt zeigte sich nicht erstaunt, denn nach wie vor würden Orte wie eben Redeyef genau kontrolliert, vor allem bezüglich der BesucherInnen.

«Es gab einen Aufstand, jetzt braucht es eine Revolution»

Dieser Satz aus einer Vollversammlung in Bizerte ging mir während unseres Tunesienaufenthaltes immer wieder durch den Kopf. Was aber heisst Revolution? Für die parteipolitischen Kräfte ist es möglicherweise gleichbedeutend mit einer fortschrittlichen Verfassung, weshalb sie sich stark auf die die Wahlen konzentrieren.

Das hingegen betrachtet ein Teil der sozialen Bewegungen als Verrat. «Wir wollen keine Macht im Staat, sondern grundlegende Veränderungen», sagte ein junger Revolutionär in Thala, der im Kampf mit der Polizei sein Leben riskiert hatte. Und so hat sich bei den jüngsten Mobilisierungen, etwa am 1. April, an der wir zugegen waren, gezeigt, dass nicht mehr jene Einheit zwischen sozialen Bewegungen, linken Parteien und Organisationen zustande kam, wie dies bisher der Fall war.

Es wird wichtig sein, dass sich die sozialen Bewegungen, wie etwa die «Diplomés Chômeurs», die Bewegung der Arbeitslosen, besser organisieren und koordinieren können. Alle Veränderungen der letzten Zeit sind aufgrund des Druckes durch Mobilisierungen und Demonstrationen erreicht worden. Auch eine verfassungsgebende Versammlung wird sich nicht einfach über den Druck der Strasse hinwegsetzen können. Um einer Revolution in Tunesien zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es aber auch unser Engagement hier. RAID-attac-Tunisie fordert uns auf, aktiv ihre Schuldenstreichungskampagne zu unterstützen. Eben hat der tunesische Finanzminister ein neues Darlehen von 5 Milliarden Dinars (2,5 Milliarden Euro) aufgenommen, um damit primär den aufgelaufenen Schuldendienst von 3,2 Milliarden zu bedienen. Dieses Geld würde so dringend für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes gebraucht. Die Schulden des Ben-Ali-Regimes erachtet RAID als illegitime Schulden. Es muss aber auch Druck gegen Freihandelsabkommen aufgebaut werden, die eine eigenständige Entwicklung in Tunesien nicht zulassen. Oder gegen Migrationsabkommen, die dem Land eine unbewältigbare Bürde auflasten, soll das Land nicht zu eine Gefängniscamp für die MigrantInnen à la Libyen verkommen.

Gefahr Integrismus

Die Frage, inwiefern die islamistischen Kräfte eine Gefahr für die Entwicklung darstellen, wurde in fast allen unseren Gesprächen aufgeworfen und unterschiedlich beantwortet. Es waren in erster Linie die Frauen sowie ein Teil der Anwältinnen und der GewerkschafterInnen, die die Gefahr bejahten. Sie sehen diese Kräfte in der Ennahdah-Partei bestens organisiert und finanziell gut ausgestattet. Ausserdem würden sie die Moscheen und die Freitagsgebete für politische Propaganda missbrauchen. Es könnte sich die Situation ergeben, dass sich islamistische Kräfte und reaktionäre Parteien finden und bei Wahlen eine Mehrheit erreichen können.

Es gibt Anzeichen, dass der Druck und der Einfluss der fundamentalistischen Kräfte zunimmt. Während unseres Aufenthaltes erlaubte die Übergangsregierung per Dekret, dass Frauen künftig für Ausweissfotos verschleiert sein dürfen. Ein Anwalt erhielt in der Bar eines internationalen Hotels an der Hauptstrasse in Tunis kein Bier mehr, der Alkoholausschank sei eingestellt, wurde ihm beschieden. Der Anwalt vermutet dahinter Drohungen gegen die Bar. Zwar hat die Übergangsregierung die politische Propaganda in Moscheen und religiösen Stätten untersagt, aber die Durchsetzung dieses Erlasses ist höchst fraglich.

Alle ändern vertraten die Meinung, dass der Integrismus kein Problem sei, weil in Tunesien ein sehr moderater Islam vorherrsche und die Gesellschaft so lange mit diesem gelebt habe, dass von ihm keine Gefahr ausgehe. Auch seien die Menschen politisch so bewusst, dass sie auf die islamistische Propaganda nicht hereinfließen würden.

Bleibt die Frage, was passiert, wenn eine sozio-ökonomische Entwicklung länger ausbleibt und die islamistischen Organisationen in diesem Bereich aktiv werden. Ernüchterung in der Bevölkerung über ausbleibende Resultate der Revolution wäre ein idealer Nährboden für die Fundamentalisten.

Solidarische Zusammenarbeit gefordert

Im den Gesprächen mit unseren tunesischen, politisch bewussten und erfahrenen PartnerInnen sind Bereiche einer wichtigen, solidarischen Zusammenarbeit skizziert worden.

- Die **lose organisierten sozialen Bewegungen** benötigen Unterstützung, damit sie sich besser vernetzen und ihre Anliegen auf nationaler Ebene einbringen können.
- Die **Comités de la sauvgarde de la révolution** auf lokaler und regionaler Ebene benötigen Unterstützung für ihren Organisationsaufbau und Hilfe bei der internationalen Vernetzung für längerfristige Projektunterstützung.
- Die Kampagne für die **Streichung der tunesischen Schulden** (RAID-attac, CADTM, CETIM).
- Die **Blockierung und Rückführung von Geldern auf ausländischen Banken des erweiterten Ben-Ali-Trabelsi-Clans**. Hier wäre die Zusammenarbeit mit der Gruppe der AnwältInnen wichtig.
- Die Kritik und **Rückweisung von Freihandels- und Migrationsabkommen**, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung des Landes in Frage stellen und im Falle von MigrantInnen das Land vor neue enorme Probleme stellen wird.

22.4.2011 / us

-
- 1 Als Vertreter des SOLIFONDS war es mir möglich, an der Delegationsreise des Réseau Syndical Euro-Méditerranéen teilzunehmen. Das Réseau besteht seit einigen Jahren und wird von den autonomen Gewerkschaften in Frankreich (SUD), der CGT Spanien, CUB Italien sowie den autonomen Gewerkschaften in Algerien und Marokko gebildet. Mit einzelnen Branchen der UGTT bestehen enge Kontakte seit 2008, da Vertreter von SUD internationale mehrere Male als internationale Beobachter an den Prozessen gegen die Streikenden von Gafsa teilgenommen haben. Diese direkten Kontakte und das bestehende Vertrauensverhältnis ermöglichten der Delegation einen direkten Zugang zu den wichtigen AkteurInnen auf regionaler und lokaler Ebene.

Die Delegation setzte sich aus VertreterInnen von SUD-internationale, SUD-PTT, SUD-Education sowie SUD-Rail, CGT-España, CUB-Italie und SNAPAP-Algerien, sowie dem Schreibenden für den SOLIFONDS zusammen.

Programm der Delegation:

- 27.3. Ankunft in Tunis. Erste Gesprächsrunde mit Anwälten
 - 28.3. Reise nach Sidi-Bouزيد, Treffen mit dem „Comité de la sauvegarde de la révolution“.
Weiterreise nach Gafsa, Treffen mit Gafsa-Anwälten.
 - 29.3. Redeyef (Phosphatminen-Stadt), Comité und Conseil provisoire de la Municipalité. Zurück nach Gafsa.
 - 30.3. Über Thala, Mémorial des Martyres, Junge Revolutionäre und Silana, Comité zurück nach Tunis
 - 31.3. Treffen: UGTT-Cheminots; UGTT-Education/PTT; Front du 14 janviers (Linksparteien)
 - 1.4. Treffen: AFTURD (Frauenorganisation); CGTT; Kasbha-Demonstration; 1. Treffen Diplomés Chômeurs.
 - 2.4. Kurtreffen ATFD; 2. Treffen Diplomés Chômeurs.
 - 3.4. Medina, Souks; Treffen: RAID-attac-Tunisie; 3. Treffen Diplomés Chômeurs
 - 4.4. Rückreise
- 2 Ihre Verbundenheit mit der Ben-Ali-Diktatur und ihre nicht zu akzeptierende Haltung während der Revolution werden wichtige Gründe dafür sein. Hierzu kommt, dass die linke Basis der UGTT die Macht in der Gewerkschaft übernehmen will. Ausserdem versuchte die jetzige Gewerkschaftsführung mit einer Änderung der Gewerkschaftsverfassung zu erreichen, dass sie für eine dritte Amtsperiode gewählt werden kann; genau gleich, wie das Ben-Ali mit einer Verfassungsänderung auch beabsichtigt hat.